



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Atomenergie hat keine Zukunft“

Bundeswirtschaftsministers Glos rüttelt am Koalitionsvertrag

Berlin/Vierneim, 28. Juni 2006 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) scharf für seine Ausführungen zur Energiepolitik kritisiert. In einem Beitrag für das „Handelsblatt“ vom Mittwoch hatte Glos eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke über den geschlossenen Atomausstiegskompromiss hinaus in die Diskussion gebracht. „Glos hat immer noch nicht begriffen, dass Atomenergie veraltet, unwirtschaftlich und hoch gefährlich ist“, so Lambrecht. „Wenn er fordert, keine weitreichenden Veränderungen der Energiestrukturen festzuschreiben, heißt das im Klartext, dass er keine Veränderungen will. Die sind aber bitter nötig“.

„Der Atomausstieg ist Gesetz und fester Bestandteil des Koalitionsvertrages. Für uns Sozialdemokraten ist das nicht verhandelbar“, stellte Christine Lambrecht klar. „Wer den Atomausstieg in Frage stellt, stellt die Koalition in Frage“.

Eine neue Energiepolitik sei eingeleitet und werde konsequent weiter verfolgt. „Durch die massive Förderung der regenerativen Energiegewinnung seitens der rot-grünen Bundesregierung sind alleine bis 2005 rund 130.000 neue Arbeitsplätze entstanden“, so Lambrecht. „Dies ist eine wirksame zukunftsfähige Entwicklung in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Weil es viele in unserem Kreis gibt, die nicht an veralteten und unwirtschaftlichen Techniken wie der Atomenergie




Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

festhalten, ist zum Beispiel in Bürstadt das größte Solardach der Welt entstanden“.

„Alles spricht gegen die Atomenergie: sie ist technisch überholt, hochgradig schadensanfällig, produziert Atommüll, der nicht entsorgt werden kann und die Anlagen können vor etwaigen Terroranschlägen nicht wirksam geschützt werden“, stellte Lambrecht fest. „Wirtschaftlich rechnet es sich für Energiekonzerne nur, wenn sie veraltete Anlagen, die in den 60er, 70er und 80er Jahren mit Milliarden an Steuergeldern hoch subventioniert wurden, möglichst lange weiterbetreiben. Genau das will Glos offensichtlich. Es fragt sich schon, was hinter solchen Äußerungen für Interessen stehen“.

Es komme von Seiten der Politik darauf an, die Energiekonzerne dazu zu bringen, die Milliardengewinne der letzten Jahre in Zukunftstechniken wie die Gewinnung von regenerativer Energie zu investieren, so Christine Lambrecht. „Einige, wie bp, haben damit schon angefangen, weil es sich rechnen wird. Auf mutige Zukunftsentscheidungen des Bundeswirtschaftsminister wartet die Koalition bislang noch“.